

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«

– Karl Marx



# WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 10 27. Januar

## Polizei raus! Gegen jede Repression!

Letzte Woche war das Hauptgebäude der Freien Universität Berlin von Dutzenden bewaffneten Polizist\*innen umzingelt. Schon seit über einem halben Jahr kämpfen Studierende an der FU gegen die Einführung einer neuen sogenannten „Rahmenstudien- und -prüfungsordnung“ (RSPO).

Das Präsidium unter Peter-André Alt beschloss, in einer Sitzung des Akademischen Senats am 23. Januar die RSPO gegen jeden Widerstand durchzusetzen. Um dies zu gewährleisten, ordnete das Präsidium die hermetische Abriegelung des Henry-Ford-Jr.-Baus durch Securitys und mindestens acht Einsatzwagen der Polizei an, damit Studierende gar nicht erst an der – normalerweise öffentlichen – Sitzung des AS teilnehmen konnten. Nachdem eine Gruppe von Protestierenden sich durch eine abgeriegelte Tür Zugang zum Sitzungssaal verschaffen wollte, rückte die Polizei an und verhaftete einen Studierenden. Daraufhin organisierten die restlichen Studierenden eine Spontandemo für die Freilassung des Gefangenen und gegen die Abstimmung der RSPO, die unter Rufen von „Peter-André Alt braucht Polizeigewalt!“ immer wieder den Ablauf der Sitzung störte. Nach Ende der Demonstration wurde von der Polizei ein weiterer Studierender wegen Vermummung (bei -7° Grad!) verhaftet.

Die Ereignisse des 23. Januar zeugen von einer massiven Eskalation seitens des Präsidiums der FU. Zum dritten Mal seit seinem Amtsantritt machte FU-Präsident Alt von Polizeigewalt auf dem Campus Gebrauch, um unliebsame Studierende mundtot zu machen. Deshalb kann die einzig logische Konsequenz für die Studierenden darin bestehen, jegliches Vertrauen in eine „Verhandlungslösung“ zu begraben, und stattdessen die Machtstrukturen an der Universität offensiv zu konfrontieren: Nieder mit dem Präsidium! Gegen jede Repression! Wir dürfen es nicht zulassen, dass Polizeirepression bei studentischen Protesten zum Normalfall wird. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf uns alle!

Das Vorgehen des Präsidiums ist jedoch nicht aus der Luft gegriffen. Die Aufgabe der Universität und ihrer Machtstrukturen ist es, für die Reproduktion des kapitalistischen Arbeitsmarktes zu sorgen. Dieser Prozess wurde durch die Bologna-Reform beschleunigt, doch er entstammt ihr nicht. Im Kapitalismus kann die Universität keine andere Funktion als die der Produktion



von Wissen und Arbeitskraft für den kapitalistischen Markt erfüllen. Und deshalb ist es auch zu kurz gegriffen, einfach die Abwahl von Alt zu fordern. Denn solange die Universität den Interessen des Kapitals dient, solange wird es immer „neue Alts“ und neue Polizeigewalt geben. Deshalb ist für uns von **WAFFENDERKRITIK** der Kampf gegen die RSPO und gegen das Präsidium auch nur ein erster Schritt im Kampf für eine Studierendenbewegung, die sich die Einheit mit der Arbeiter\*innenklasse zur Überwindung des Kapitalismus und für eine sozialistische Revolution auf die Fahnen schreibt.

Damit dies erfolgreich sein kann, müssen wir aber auch die Lehren aus dem Protest vom 23. Januar ziehen. Es reicht nicht aus, mit einer kleinen Gruppe von Protestierenden gegen die Repression anzugehen. Der Protest kann nur erfolgreich sein, wenn er demokratisch durch die Mehrheit der aktiven Studierenden getragen wird.

Es ist Konsens unter den Aktivist\*innen, den Akademischen Senat bei seiner nächsten Sitzung am 6. Februar vollständig zu blockieren. Eine Blockade kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie massiv und entschlossen von Hunderten Studierenden gemeinsam durchgeführt wird. Dazu ist es notwendig, eine Versammlung zu organisieren, die eine breite Masse an Studierenden in den Protest einbezieht und ein konkretes Mandat für die Blockade des Senats entwickelt. Dies muss eingebettet sein in eine breite Kampagne gegen jegliche Repression auf dem Campus.

Wir von **WAFFENDERKRITIK** werden unser Möglichstes dafür tun, damit der Kampf gegen die Repression zu einem ersten Schritt für eine schlagkräftige Studierendenbewegung wird.

### Die Wahlen sind vorbei – der Kampf geht erst los!

Knapp 10% der Studierenden an der Freien Universität Berlin haben ein neues Parlament (StuPa) gewählt. Von den 42 Listen haben alle bis auf zwei einen der 60 Sitze bekommen. Der links-autonome ASa wird weiterhin im Amt bleiben. Alles „same procedure as every year“.

Doch die marxistische Liste **WAFFENDERKRITIK**, die zum ersten Mal antrat, bekam 50 Stimmen und einen Sitz. Damit ist zum ersten Mal seit 2009 eine marxistische Gruppe im StuPa der FU vertreten. Diese Stimmen waren Produkt eines aktiven Wahlkampfes, der – im Gegensatz zu allen anderen Listen – eine konkrete Perspektive des Kampfes in den Mittelpunkt stellte.

Mit unserem Parlamentssitz werden wir Kampagnen gegen Prekarisierung, für internationale Solidarität und gegen den deutschen Imperialismus, sowie für die Einheit von Arbeitenden und Studierenden vorantreiben. Wir werden Anträge in diesem Sinne einbringen, und wir rufen alle linken Gruppen im StuPa dazu auf, die sie mit uns zu beschließen.

Als Marxist\*innen sind wir Gegner\*innen der bürgerlichen Demokratie. In Marx' Worten bedeutet diese nur: „*einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll.*“ Das bürgerliche Parlament der Uni ist noch schlimmer: Ein machtloses Schein-Parlament soll die Diktatur des Präsidiums und des kapitalistischen Staates verschleiern.

Stattdessen fordern wir eine lebendige Massendemokratie, in der Entscheidungen auf Versammlungen getroffen und Vertreter\*innen direkt gewählt werden (und auch jederzeit abwählbar sind). Unser Sitz wird möglichst dazu dienen, die Selbstorganisation der Studierenden zu entwickeln. Wir werden bei offenen Treffen beraten, welche Inhalte wir bei jeder StuPa-Sitzung reinbringen, und alle sind zu diesen Treffen eingeladen.

Herausgegeben von

**R10** und unabhängigen Studierenden

ViSdP: R. Müller, Hamburg

**WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM**

# ABC des Marxismus

## J wie Justiz

Die Justiz ist ein zentrales Element der bürgerlichen Demokratie, welche „unabhängig“ und „gerecht“ zu sein hat. Denn Gesetze und Verordnungen sollen bestimmen, was Recht und Unrecht ist. Nach materialistischer Lehre ist es also ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, was Recht und Kriminalität voneinander unterscheidet. Während die Gesetze von den jeweiligen Parlamenten beschlossen werden, hat die Justiz die Aufgabe, dieses Recht auch in der Gesellschaft durchzusetzen; Justiz und Politik sind also untrennbar miteinander verbunden, und alles ist eine Widerspiegelung der herrschenden Klassenverhältnisse.

Ohnehin entspringt die Kaste der Jurist\*innen und Politiker\*innen oftmals dem konservativ denkenden bürgerlich-reaktionären Milieu – es ist eine Mär, dass die Justiz unter diesen Bedingungen eine unabhängige und freie Institution darstellen soll. Es ist auch nicht verwunderlich, dass die Rolle der Justiz innerhalb des Klassenkampfes eine sehr reaktionäre ist, welche eine repressive Rolle im Staat einnimmt und im Sinne einer Klassenjustiz die Rechtsprechung pflegt. Sie stellt somit ein bedeutendes Herrschaftsinstrument dar, welche überhaupt den Rahmen für die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse schafft, ohne

dessen rechtliche Ausgestaltung die kapitalistische Wirtschaftsweise sich gar nicht hätte ausbreiten können. Die Aufgabe der Justiz ist es, diese Verhältnisse zu schützen.

Der Gedanke, dass Freiheit und Gleichheit erst verwirklicht sind, sofern die Klassengesellschaft überwunden ist, lässt sich auch auf die Unabhängigkeit der Justiz anwenden: dialektische Aufhebung der Eigentumsverhältnisse bedeutet auch Aufhebung der bürgerlichen Rechtsprechung hin zu dem, was die Justiz verkörpern muss: demokratisch legitimiert und kontrolliert sowie unmittelbar an die Massen gebunden.

**WIE HÄTTEN  
DIE NAZIS  
GESTOPPT  
WERDEN  
KÖNNEN?**

Der Beitrag Trotzki zum Kampf gegen den Faschismus

Vorstellung von „Was nun?“ und Podiumsdiskussion mit:

Prof. Wolfgang Wippermann, Prof. Mario Keßler,  
Sascha Stanic, Nick Brauns und Wlodek Flakin

Freitag, 1. Februar, 19 Uhr im Mehringhof  
Gneisenaustr. 2a, U6/U7 Mehringdamm, Berlin

## Solidarität mit Tim!

Seit vier Jahren ist Dresden am 13. Februar nazifrei. Das verdankt die Stadt aber nicht symbolischen Lichterketten sondern dem entschlossenen, gemeinsamen Widerstand von vielen Antifaschist\*innen.

Der Staat spielt dabei keineswegs die Rolle eines neutralen Beobachters. So wurde in den vier Jahren bereits die Homepage des Bündnis „Dresden-nazifrei“ zensiert, Plakate wurden beschlagnahmt, Häuser durchsucht und flächendeckend das Handy-Netz überwacht. Der Höhepunkt dieser Entwicklung ereignete sich vor wenigen Wochen, als der Aktivist Tim wegen vermeintlicher „Rädelsführerschaft bei besonders schwerem Landfriedensbruch“ zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt wurde. Dabei ermangelte es jedoch an Beweisen, was den Richter unter fadenscheiniger Argumentation nicht vom Urteil abhielt.

Dieses Urteil ist ein deutliches Signal, dass aktiver Widerstand nicht geduldet wird. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen Aussagen wie „Allen Rechtsextremisten [...] wo ihr auftretet, werden wir euch im Wege stehen“ von Joachim Gauck wie blanker Hohn.

Damit der Staat mit solchen Einschüchterungsversuchen keinen Erfolg hat, ist eine breite Solidarisierung mit allen von der Justiz verfolgten Aktivist\*innen notwendig. Wir müssen uns ebenfalls klar werden, dass wir im Kampf gegen Faschismus keine staatliche Unterstützung erwarten können – ganz im Gegenteil, wie nicht zuletzt die Rolle des Staates in Zusammenhang mit dem NSU gezeigt hat. Stattdessen müssen wir weiterhin selbstorganisiert gegen den Faschismus kämpfen.

**WAFFENDERKRITIK** wird auf offenen Treffen erarbeitet:

An der **FU Berlin** jeden **Donnerstag** um **16 Uhr** im Foyer vor der Mensa II (Silberlaube).

An der **Uni Potsdam** jeden **Mittwoch** um **16 Uhr** am Campus Griebnitzsee vor dem Mensaeingang im Haus 6.

Sprecht uns an oder schreibt uns: ✉ [waffenderkritik@riseup.net](mailto:waffenderkritik@riseup.net)

## Der öffentliche Raum

Ein Aufschrei ging durch Indien und durch die ganze Welt: In Delhi wird eine Frau von mehreren Männern vergewaltigt und stirbt an den Folgen. Durch öffentliche Proteste in Indien auf den Fall aufmerksam gemacht, zeigen sich die deutschen Medien schockiert – ohne Frage zu Recht. Allerdings fällt da eine kleine Ungereimtheit auf: Es wird über die sexistischen Verhältnisse in Indien berichtet, die sexuelle Übergriffe ermöglichen, befördern, vertuschen – und über die in Deutschland geschwiegen. Sexismus – das ist etwas, das in diesen auch so rückständigen Ländern geschieht (so werden im übrigen auch Kriege legitimiert), aber doch nicht „bei uns“. Hier sind Übergriffe höchstens tragische Einzelfälle, Hysterie oder „Familiendramen“. Aber sexuelle Gewalt und Übergriffe gegen Frauen finden überall statt, nicht nur in indischen Bussen sondern ebenso in deutschen S-Bahnen, Ehebetten oder Kinderzimmern.

Und auch nicht nur in Indien ist der öffentliche Raum mit seinen Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln ein Ort der männlichen Dominanz. Die sexualisierten Frauenkörper auf Werbetafeln, der ständig wiederholte gute Rat als Frau dunkle Ecken nachts zu meiden und ja nicht einen kurzen Rock zu tragen, die Angst nach einem Übergriff als hysterisch zu gelten oder dass einem nicht geglaubt wird, die Hilflosigkeit, die zur Flucht führt und damit Raum aufgibt anstatt ihn zu verteidigen – all dies und vieles mehr zeigt, dass sich Frauen auch hier in Deutschland weniger frei in der Öffentlichkeit bewegen können.

Und nicht nur in Indien lohnt es sich, diesen Raum einzufordern und ihn sich zu nehmen, solidarisch und gegen alle Widerstände! Bei Sexismus geht es auch um Macht, durch jeden Übergriff werden die patriarchalen Machtstrukturen gestützt.

Diese Machtstrukturen heißt es aufzubrechen und zu bekämpfen, und zwar innerhalb einer anti-kapitalistischen Strategie, denn patriarchale und kapitalistische Macht hängen eng zusammen.

Aus der Reihe:

**Linker Feminismus  
und Genderpolitik**



Herausgegeben von

RI0 und unabhängigen Studierenden

**WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM**

ViSdP: R. Müller, Hamburg